

Erklärung „Juden und Christen in Deutschland. Verantwortete Zeitgenossenschaft in einer pluralen Gesellschaft“

Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken am 13. April 2005

Der 1971 gegründete Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken hatte mit seinem Arbeitspapier „Theologische Schwerpunkte des jüdisch-christlichen Gesprächs von 1979 eine theologische Studie von Rang vorgelegt, die in Dialog und Theologie eine beträchtliche Wirkung entfaltete. Ein Vierteljahrhundert später versuchte der Gesprächskreis – mit seinen damals 13 jüdischen und 17 katholischen Mitgliedern – eine neue theologische Standortbestimmung. Die religiöse und gesellschaftliche Situation hatte zum Teil tiefgreifende Änderungen erfahren, so dass weniger eine Bekräftigung und eher eine Fortschreibung der Stellungnahme von 1979 angezeigt war. Diese stand nicht zuletzt unter den Stichworten von Zeitgenossenschaft und Verantwortung. Das erste Stichwort deutet an, dass eine christliche Berufung auf jüdische Wurzeln aus biblischer Zeit nicht ausreicht: Kirche und Christentum sind dem Judentum von heute verbunden. Das zweite Stichwort steht für das Leitbild einer gemeinsamen Verantwortung für die Welt und Gesellschaft von heute und ihre Gefährdungen. Die Erklärung skizziert die Situation im wiedervereinigten Deutschland und benennt Fortschritte und „Stolpersteine“ des Dialogs. Sie hat den Freimut zum Dialog über Strittiges in der Beziehung von Judentum und Christentum und gibt Anstöße für einen gemeinsamen Weg von Juden und Christen.

Inhalt

Geleitwort des Präsidenten

Vorwort des Vorsitzenden

I. Juden und Christen sind nicht mehr dieselben

1. Mehr Juden im wiedervereinigten Deutschland
2. Weniger Christen vor größeren Aufgaben
3. Das Gedenken für die vierte Nachkriegsgeneration sichern

II. Fort-Schritte - trotz Stolpersteinen

1. Der Papst geht voran
2. Hindernisse auf dem Weg
3. Christen und Juden lesen dieselbe Bibel anders
4. „Dabru Emet“ - Jüdische Gelehrte betreten Neuland

III. Über Strittiges muss gestritten werden

1. Gottes Bund mit Israel ist nicht gekündigt
2. Judenmission darf es nicht mehr geben!
3. Auch das Trennende gehört in den Dialog: Jesus Christus
4. Das Ärgernis einer unerlösten Welt

IV. Biblische Ethik nimmt in Pflicht für die Welt-Gesellschaft

1. Anschläge auf die Menschenwürde abwehren
2. Judenfeindschaft - ein alter Skandal in neuem Gewand
3. Ein offenes Gespräch mit dem Islam führen
4. In Öffentlichkeit und Schule wirken
5. Sich kritisch in die gesellschaftlichen Diskurse einbringen

V. Schluss: Gemeinsam „berufen, Segen für die Welt zu sein“

Literaturhinweise

Geleitwort des Präsidenten

Der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken besteht (nun) schon seit über dreißig Jahren. Seine Arbeit hat eine positive Resonanz bei Juden und Christen, in Kirchen und Öffentlichkeit, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus gefunden. Die Auswirkung seiner Schriften, öffentlichen Stellungnahmen, Akademietagungen, der Reisen zu jüdischen Gemeinden ins Ausland, der Arbeit auf Katholikentagen und dem Ökumenischen Kirchentag 2003 sind nicht zu übersehen. Ohne den Gesprächskreis hätte sich das jüdisch-christliche Verhältnis in Deutschland kaum so positiv entwickelt, wäre die Wahrnehmung der jüdisch-christlichen Fragen in der Öffentlichkeit dürftiger.

Weil es in der Evangelischen Kirche in Deutschland einen ähnlichen jüdisch-christlichen Dialog gibt, hat die Arbeit des Gesprächskreises auch eine ökumenische Dimension.

1979 veröffentlichte der Gesprächskreis die Erklärung „Theologische Schwerpunkte des jüdisch-christlichen Gesprächs“, in der er sein theologisches Programm darlegte. Nun kann er der Öffentlichkeit eine neue Theologische Erklärung übergeben, die an die Schrift von 1979 anschließt und sie weiterführt. Wir hoffen, dass sie auf die gleiche Resonanz stößt.

Dem Gesprächskreis gilt der Dank des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Vorwort des Vorsitzenden

1979 erschien unsere Erklärung „Theologische Schwerpunkte des jüdisch-christlichen Gesprächs“. Sie war Frucht jahrelanger leidenschaftlicher Diskussionen, bis wir sie einmütig verabschieden konnten. Noch heute ist sie Grundlage unserer Arbeit.

Nicht nur humanitäre Erwägungen führen uns zusammen, wir sind vielmehr um Gottes willen miteinander verbunden. Dabei reicht es uns nicht, dass Christen sich auf ihre jüdischen Wurzeln aus biblischer Zeit berufen. Wir wollen mehr. Der Dialog verlangt Zeitgenossenschaft zwischen heutigen Christen und heutigen Juden. Diese Bewegung aufeinander zu soll sich in Zukunft noch stärker auf die gemeinsame Verantwortung für unsere gefährdete Welt und Gesellschaft konzentrieren.

Nach 25 Jahren greifen wir erneut dieselbe Frage wie damals auf: Welche theologischen Schwerpunkte sind für das christlich-jüdische Gespräch heute vordringlich? Die Antwort kann nicht die bloße Bekräftigung der früheren Stellungnahme sein. Denn die gegenwärtige religiöse und gesellschaftliche Situation ist nicht mehr so wie vor 25 Jahren. Auch die Gesprächspartner und Themen haben sich geändert. Deshalb versuchen wir eine neue Standortbestimmung.

Anregung und Ermutigung für seine Arbeit erhielt der Gesprächskreis auf zwei Klausurtagungen in der Katholischen Akademie Bayern in München (2003 und 2004). Allen Gästen und Gesprächsteilnehmern danken wir für kritische und weiterführende Gesprächsbeiträge.

Prof. Dr. Hanspeter Heinz, Vorsitzender des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK

I. Juden und Christen sind nicht mehr dieselben

1. Mehr Juden im wiedervereinigten Deutschland

Die Zeit der „gepackten Koffer“ ist vorbei - Gemessen an der Zahl von ca. 100.000 Gemeindemitgliedern ist die öffentliche Wahrnehmung von Juden und jüdischen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland erstaunlich groß. Antisemitismus wird von der politischen Elite und den Mainstream-Medien im Allgemeinen registriert und mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Gelegentlich fällt geradezu demonstratives Interesse und Wohlwollen politisch und gesellschaftlich Verantwortlicher für die Entwicklung jüdischen Lebens im Lande auf. Subtile Formen der Judenfeindschaft werden weniger beachtet.

Migranten aus den GUS-Staaten, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion als jüdische „Kontingentflüchtlinge“ hierzulande aufgenommen wurden, erfahren im Allgemeinen Akzeptanz. Diese Migrationswelle führte zu einem starken Wandel in der jüdischen Gemeinschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten vor allem die aus Osteuropa auf deutschem Territorium verbliebenen Schoa-Überlebenden, die „Gründerväter“ und „Gründermütter“ der jüdischen Nachkriegsgemeinden, in der deutschen Öffentlichkeit ein besonderes Gewicht. Sie werden in wenigen Jahren ihre Stimme nicht mehr erheben können. Die in Deutschland sozialisierte Nachkriegsgeneration und deren Kinder rücken in repräsentative Positionen in den Gemeinden nach. Noch immer sind viele der in zweiter und dritter Generation in Deutschland geborenen Jüdinnen und Juden durch die NS-Verfolgung verunsichert, so dass man von einem generationsübergreifenden Trauma sprechen kann.

Sicherheitsprobleme in den Gemeinden, vor allem auch die Sorge vor terroristischen Anschlägen, erzeugen nach wie vor Angst und Unsicherheit. Das hat zur Folge, dass seit längerem und auf unabsehbare Zukunft alle jüdischen Gemeindehäuser gegen Anschläge gesichert werden müssen. Mit dem Generationenwechsel verstärkt sich in den jüdischen Gemeinden die Auffassung, dass die Verteidigung gegen terroristische Übergriffe eine Sache der ganzen deutschen Gesellschaft ist.

Trotz aller Probleme ist die Epoche der „gepackten Koffer“, in der Juden unsicher waren, ob sie in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft bleiben wollten, zu Ende. Neubauprojekte für Synagogen und Gemeindezentren wurden in Angriff genommen und vollendet. Die öffentliche Wahrnehmung jüdischer Kultur verstärkte sich. Die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der jüdischen Welt weit verbreiteten Ressentiments gegen die in Deutschland lebenden Juden konnten weitgehend abgebaut werden. Seitdem wächst die weltweite Akzeptanz und zugleich auch das Selbstbewusstsein der deutschen Juden.

Als Resümee kann man festhalten: Das Judentum steht trotz vieler großer Schwierigkeiten vor neuem Leben in Deutschland - eine Entwicklung, die vor wenigen Jahrzehnten niemand auch nur im Traum für möglich gehalten hätte. In vielen Städten, in denen lange keine Juden und Jüdinnen lebten, gibt es wieder jüdische Aktivitäten, an denen sich auch junge Juden und Jüdinnen beteiligen. Das sind Zeichen der Hoffnung.

Die Einheitsgemeinden repräsentieren nicht mehr alle Gemeinden - Bis Ende der 1980er Jahre zählten die jüdischen Gemeinden in der alten Bundesrepublik etwa 25.000 Mitglieder. Viele Gemeinden waren überaltert. Die Zuwanderung von Migranten aus den GUS-Staaten hat dem drohenden demographischen Verlöschen ein Ende gesetzt. So erhöhte sich die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland auf etwa 100.000. Vermutlich leben darüber hinaus in Deutschland noch etwa 50.000 Juden, ohne Mitglieder der Gemeinden zu werden. Unter den Zuwanderern sind viele junge Menschen. Die soziale, wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Integration der Zuwanderer wurde zur zentralen Aufgabe der Gemeinden. Bis heute ist ihre Hilfe bei Wohnungssuche, Fortbildung, Behördengängen, Spracherwerb u. a. notwendig. Diese neuen Aufgaben sind Herausforderungen, die den jüdischen Gemeinden zugleich Chancen für die Zukunft eröffnen. Die Gemeinden sind bereit, diese Chancen zu nutzen und ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Viele der in Deutschland lebenden Juden nehmen engagiert Anteil am Geschick des Staates Israel und unterstützen ideell und finanziell israelische Einrichtungen. Andere haben zum Staat Israel ein eher ambivalentes Verhältnis.

Seit den 1990er Jahren entwickelte sich im jüdischen Leben in Deutschland ein neuer Pluralismus. Vor der Massenvernichtung gab es in Deutschland im Wesentlichen liberales und orthodoxes Judentum. Heute gibt es neben diesen beiden traditionell vorhandenen Gruppen und den säkularen Juden noch andere Gruppierungen. Dazu gehören zum Beispiel die „Lubawitscher Chassidim“, die innerjüdische Missionsarbeit betreiben. Die „Union progressiver Juden“ (1997) hat sich inzwischen mit einer Reihe von Mitgliedsgemeinden rechtlich konsolidiert. Das 1999 gegründete Abraham Geiger Kolleg an der Universität Potsdam dient der Ausbildung liberaler Rabbiner. Seit 1979 existiert die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg.

Diese jüdische Vielfalt sollte von christlichen Gemeinden stärker wahrgenommen werden. Falsche religiöse Erwartungen an die hier lebenden Juden müssen ein Ende haben. Dazu zählt die Annahme, dass alle Juden die Speisegesetze und den Schabbat in orthodoxer Weise beachten. Eine solche Sicht kommt aus der irrigen Voraussetzung, das orthodoxe Judentum sei allein als „echt“ anzusehen. Es macht aber nur 6 - 10 % der jüdischen Weltbevölkerung aus. Aufklärung ist nötig, um eine realistische und unbefangene Beziehung zwischen Juden und Christen herzustellen und in den Juden und im Judentum nicht etwas „Exotisches“ zu sehen. Die Erinnerung an die Schoa muss auch in Zukunft gewahrt bleiben. Salomon Korn's Wort gilt: Für unsere und die nächste Generation wird „das Anormale normal“ sein.

2. Weniger Christen vor größeren Aufgaben

Seit 1979 hat sich auch die Lage der Christen und der Kirchen in Deutschland wesentlich verändert.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit im Jahr 1990 stellt im Rückblick auch für die Christen einen entscheidenden Wendepunkt dar. Obwohl vor allem evangelische Christen einen großen Anteil an der Wende hatten, haben die Kirchen seitdem weiter an gesellschaftlichem Rückhalt verloren. Seitdem hat sich in Deutschland der Anteil der Nicht-Gläubigen, der Agnostiker, der esoterisch Orientierten und der religiös Indifferenten erheblich vergrößert. Damit setzte sich für die Kirchen ein Bedeutungsverlust fort, der die christlichen Gemeinden schon früher mit den gesellschaftlichen Phänomenen der Pluralisierung, Individualisierung und Säkularisierung belastete.

Diese neue Situation sollte für Juden und Christen trotz aller Differenzen zum Anlass werden, stärker als bisher gemeinsam aufzutreten. Die sich neu bietenden Möglichkeiten dürften noch kaum ausgelotet sein, z.B. bei dem Streit um den Gottesbezug in der Europäischen Verfassung oder in ökologischen, bioethischen, sozial- und familienpolitischen Fragen.

Nach dem 11. September 2001 wurden die monotheistischen Religionen als politische Faktoren neu wahrgenommen und zogen die verstärkte Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Zurzeit absorbiert die Bedrohung der westlichen Gesellschaften durch islamistischen Terror

alle Aufmerksamkeit. Dadurch gerät der interreligiöse Dialog zwischen Judentum, Christentum und Islam unter erheblichen Druck.

Seit der zweiten Intifada im Jahr 2000 wird das jüdisch-christliche Gespräch durch den Nahostkonflikt belastet. Die weit verbreitete Kritik an der Politik der israelischen Regierung überschreitet oft die Grenzen zu Formen des Antisemitismus, die als längst überwunden galten. Die Kritik christlicher Gesprächspartner an der israelischen Politik sollte dagegen immer von einer grundsätzlichen Solidarität mit dem Staat Israel und seinen Menschen getragen sein. Wo dies nicht der Fall ist, gerät der jüdisch-christliche Dialog in eine gefährliche Krise.

3. Das Gedenken für die vierte Nachkriegsgeneration sichern

Auf jüdischer und auf christlicher Seite hat mit den heute 30- bis 45-Jährigen die dritte Generation nach der Schoa die Bildfläche betreten. Manche nehmen mit großem Interesse an der jüdischen und christlichen Geschichte einen neuen Anlauf zur historischen Erforschung und theologischen Bewertung der Schoa. Sie wollen einen Dialog ohne überzogene Erwartungen an einen künftigen „Konsens“.

Das Gespräch zwischen den nachwachsenden jüdischen und christlichen Generationen enthält eine bedeutende Chance für die Bewahrung der Erinnerung an die Schoa. Christliche und jüdische Gemeinden sollten es nach Kräften fördern und es nicht angesichts ihrer internen Probleme (Mitgliederschwind und Finanzmisere der Kirchen, Integration und wachsende Pluralisierung der jüdischen Gemeinden) ins Hintertreffen geraten lassen. Hierzu gehört auch eine Offenheit für neue Fragestellungen, mit denen jüngere Menschen nach dem spezifischen Zugang ihrer Generation zur Geschichte der Schoa suchen. Das absehbare Aussterben der Überlebenden und Zeugen der Schoa wird die Formen des Gedenkens und Erinnerns grundlegend verändern. Neue Formen der medialen Vermittlung (Video-Dokumentationen, Spielfilme, Literatur, interaktive Unterrichtsmedien usw.) und des öffentlichen Gedenkens werden dabei eine wichtige, kritisch zu begleitende Rolle spielen. Zugleich ist deutlich, dass die unvoreingenommene Begegnung mit den jüdischen Nachbarn und das freie Gespräch zwischen Juden und Christen über die Schoa auch in Zukunft durch nichts zu ersetzen sind. Nur so kann ein angemessenes Gedenken auf Dauer gesichert werden.

II. Fort-Schritte - trotz Stolpersteinen

1. Der Papst geht voran

Das Zweite Vatikanische Konzil hat programmatisch eine neue Verhältnisbestimmung der katholischen Kirche zum jüdischen Volk gewagt. In Tat und Wort hat Johannes Paul II. dieser Wende den Weg in die Zukunft gebahnt. Die Aussagen des kirchlichen Lehramtes sowie eine intensive Diskussion in der Theologie - vergleichbare Entwicklungen gibt es auch in den evangelischen Kirchen - lassen sich in wenigen Kernsätzen zusammenfassen:

- Keine Bundestreue Gottes allein zur Kirche, sondern genauso zum jüdischen Volk. Deshalb sind Christen und Juden gleichermaßen berufen, sich als „Volk des Bundes“ zu verstehen und „Licht der Völker“ (Jes 49,6; Mt 5,14) zu sein.
- Keine Katechese des christlichen Glaubens ohne Einführung in die lebendige Tradition des Judentums.
- Keine Versöhnung mit Gott ohne Anerkennung der kirchlichen Schuldgeschichte gegenüber dem jüdischen Volk.
- Kein Begreifen der biblischen Offenbarung ohne Lektüre des Alten Testaments und ohne Ernstnahme der jüdischen Lesarten.

Diese Aussagen mögen für das überkommene Glaubensverständnis von Christen irritierend sein. Sie verlangen eine Neubestimmung der christlichen Identität. Dazu hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken mit seinem Gesprächskreis „Juden und Christen“ zahlreiche Beiträge geleistet. Die Initiativen und Lehräußerungen von und unter Johannes Paul II. haben viele Bemühungen des Gesprächskreises vertieft und gefestigt.

Dazu einige Stichworte: „Dialog verlangt Zeitgenossenschaft“ lautet eine zentrale These unserer Theologischen Erklärung von 1979. In dieser Intention sucht die Kirche das Gespräch mit dem Judentum der Gegenwart und will dessen Selbstverständnis hören. Denn „um Gottes willen“ sind wir miteinander verbunden. Bei seinem ersten Deutschlandbesuch 1980 formulierte der Papst vor Vertretern des Zentralrats der Juden und der Rabbinerkonferenz in Mainz als Grundregel für die katholische Theologie: „Die erste Dimension des [christlich-jüdischen] Dialoges, nämlich die Begegnung zwischen dem Gottesvolk des von Gott nie gekündigten Alten Bundes und dem des Neuen Bundes, ist zugleich ein Dialog innerhalb unserer Kirche, gleichsam zwischen dem ersten und zweiten Teil ihrer Bibel.“ Voraussetzung ist die Erkenntnis dessen, was theologisch im Alten Testament „von eigenem und bleibendem Wert ist, ... da dies durch die spätere Interpretation im Licht des Neuen Testaments ... nicht entwertet wird. ... Eine zweite Dimension unseres Dialogs - die eigentliche und zentrale - ist die Begegnung zwischen den heutigen christlichen Kirchen und dem heutigen Volk des mit Mose geschlossenen Bundes. Hierbei kommt es darauf an, dass die Christen ... lernen, welche Grundzüge für die gelebte religiöse Wirklichkeit der Juden nach ihrem eigenen Verständnis wesentlich sind.“

1974 und 1985 veröffentlichte die vatikanische Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden zwei Erklärungen. Das Dokument zur Darstellung von Juden und Judentum in Predigt und Katechese von 1985 kritisiert die weit verbreitete Unkenntnis der Traditionen des Judentums und fordert die Christen auf, diese Traditionen, „wie sie jetzt noch bekannt und gelebt werden“, zu berücksichtigen. Zum schulischen Bereich hat auch der Gesprächskreis einen Beitrag geliefert: Das von ihm angeregte und an der Universität Freiburg durchgeführte Projekt „Lernprozess Juden Christen“ hat seit 1980 zu einer Revision der Schulbücher und kommentierten Bibelausgaben in Deutschland geführt.

Der Besuch von Johannes Paul II. in der Großen Synagoge Roms im Jahr 1986 war der erste Besuch eines Papstes in einer Synagoge. Er wurde in der öffentlichen Wahrnehmung als historisches Ereignis auf dem Weg der Annäherung der katholischen Kirche an das Judentum

gewürdigt. Der Papst wollte ein Zeichen dafür setzen, „dass die alten Vorurteile überwunden werden und man Raum gibt für eine immer vollere Anerkennung des 'Bandes' und jenes 'gemeinsamen geistigen Erbes', die zwischen Juden und Christen bestehen“. Seine Ansprache gipfelte in den Worten: „Ihr seid unsere bevorzugten Brüder und, so könnte man gewissermaßen sagen, unsere älteren Brüder.“ Dem Kontakt dienten die Reisen des Gesprächskreises zu den jüdischen Gemeinden in Israel, den USA, Polen, Ungarn, Frankreich und Tschechien.

50 Jahre nach der Reichspogromnacht verfasste der Gesprächskreis 1988 die Erklärung „Nach 50 Jahren - wie reden von Schuld, Leid und Versöhnung?“. Kein anderer unserer Texte fand eine so starke Resonanz und weite Verbreitung. Der Papst hat die Problematik der langen christlichen Schuldgeschichte im Heiligen Jahr 2000 durch das Schuldbekenntnis im Petersdom öffentlich zum Ausdruck gebracht. Eine der Vergebungsbitten galt dem Verhältnis der Kirche zu Israel. Die Juden werden als „das Volk des Bundes und der Lobpreisungen“ anerkannt. Das war ein weltweit beachtetes Zeugnis des kirchlichen Versöhnungswillens. Auch die anschließende Pilgerreise des Papstes ins Heilige Land war von hoher symbolischer Bedeutung. Er besuchte die Gedenkstätte für die sechs Millionen ermordeten Juden Yad Vaschem in Jerusalem. An der Westmauer hinterlegte er einen Gebetszettel, dessen Text mit der Vergebungsbitte von St. Peter identisch ist: „Gott unserer Väter, Du hast Abraham und seine Nachkommen auserwählt, Deinen Namen zu den Völkern zu tragen. Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte Deine Söhne und Töchter leiden ließen. Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen, dass echte Brüderlichkeit herrsche mit dem Volk des Bundes.“

2. Hindernisse auf dem Weg

Leider sind in den letzten Jahren auch etliche Vorkommnisse zu beklagen, die nicht in die insgesamt erfreuliche Entwicklung passen. Drei Beispiele mögen das belegen.

Der „Katechismus der Katholischen Kirche“, der 1992 erschien, wurde vom Gesprächskreis kritisiert. Zwar fällt er dort, wo er direkt auf das Judentum zu sprechen kommt, nicht hinter die Aussagen des Konzils über die Juden zurück, er bleibt aber hinter den Erwartungen zurück, die man heute an einen Katechismus stellen muss. Gewiss ist er nicht bewusst antijüdisch, wohl aber ajüdisch, d. h. ein Dokument, in dem die Juden nicht hinreichend berücksichtigt werden. Der Katechismus tut sich offensichtlich schwer, das nachbiblische Judentum als eigenständige heilsgeschichtliche Größe neben der Kirche anzuerkennen und spricht an vielen Stellen so von der Kirche, als gäbe es das Judentum nicht, obwohl die Rede über die kirchliche Bindung an das Judentum jeweils der Sache nach geboten ist.

Der Vatikanischen Erklärung „Wir erinnern - eine Reflexion über die Schoa“ (1998) geht es um den historischen Hintergrund des Antisemitismus, der Schoa und der neueren Erscheinungsformen des Antisemitismus. Dem Gesprächskreis erschien zwar die Unterscheidung von Antijudaismus und Antisemitismus und das Bemühen, an historische Schuld der Christenheit zu erinnern, berechtigt. Er kritisierte aber die fragwürdige theologische Differenzierung zwischen der unangetasteten Heiligkeit der Kirche und der Schuld ihrer

Mitglieder. Insgesamt stellte er eine apologetische Tendenz in der Geschichtsdarstellung fest und sah darin einen Rückschritt gegenüber der Erklärung der deutschen und österreichischen Bischöfe „Die Last der Geschichte annehmen“ von 1988 sowie gegenüber der Erklärung französischer Bischöfe von 1997.

Die gleichzeitige Seligsprechung der beiden kirchenpolitisch so unterschiedlichen Päpste Pius IX. (1846-1878) und Johannes XXIII. (1958-1963) scheint zwei gegenläufige kirchliche Tendenzen zu bedienen. Während Johannes XXIII. das Zweite Vatikanische Konzil einberufen und sich selbst für ein erneuertes Verhältnis der Kirche zu den Juden eingesetzt hat, ist der Papst des Ersten Vatikanischen Konzils, Pius IX., wegen offener antijüdischer Äußerungen und Handlungen zu kritisieren. Seine Seligsprechung ist nicht nur im Gesprächskreis auf Unverständnis gestoßen.

3. Christen und Juden lesen dieselbe Bibel anders

Nach der dogmatischen Konstitution „Dei Verbum“ des Zweiten Vatikanischen Konzils gibt es in der katholischen Bibeltheologie einen Frühling. Die neuen exegetischen Erkenntnisse wurden in offiziellen Erklärungen der Päpstlichen Bibelkommission berücksichtigt. Zu nennen ist vor allem „Das jüdische Volk und seine Heilige Schrift in der christlichen Bibel“ (2001). In Weiterführung der früheren Erklärungen heißt es hier: „Wir Christen können und müssen zugeben, dass die jüdische Lesung der Bibel eine mögliche Leseweise darstellt, die sich organisch aus der jüdischen Heiligen Schrift der Zeit des Zweiten Tempels ergibt, in Analogie zur christlichen Leseweise, die sich parallel entwickelte. Jede dieser beiden Leseweisen bleibt der jeweiligen Glaubenssicht treu, deren Frucht und Ausdruck sie ist. So ist die eine nicht auf die andere rückführbar.“ Das verweigerte Ja Israels zu Jesus von Nazaret kann auch von Christen als Treue zur jüdischen Tradition gewertet werden. Ebenso werden die jüdische Treue zu den eigenen Heiligen Schriften und die jüdische Erlösungshoffnung in ihrem theologischen Wert anerkannt. Mit Recht betont das Dokument auch, dass das christliche Verständnis des Alten Testaments auf der Einsicht in die Mehrdimensionalität menschlicher Rede beruht, so dass die Pluralität der Textdeutungen konstitutiv für Bibelauslegung ist.

Jüdische Wissenschaftler haben christlichen Theologen und Religionspädagogen Hilfe geleistet und den christlichen Partnern zu einer besseren Wahrnehmung des Judentums in seiner Vielfalt und Lebendigkeit verholfen. Seit Jahren erscheinen Kommentarbände zur Hebräischen Bibel, an denen jüdische Fachleute mitwirken. Rabbinische Zugänge lassen diese biblischen Bücher für christliche Leser in neuem Licht erscheinen. Seit 1973 erscheint die Reihe „Jüdische Schriften aus hellenistisch-römischer Zeit“, bei der die Schriften des griechischen Alten Testaments (Septuaginta) von großer Bedeutung sind, da alle neutestamentlichen Verfasser diese Texte mit ihren theologischen Vorstellungen rezipiert haben. Viele Missverständnisse im christlich-jüdischen Dialog entstehen, weil Juden ihre heiligen Schriften in hebräischer Lesart verstehen und Christen das Neue Testament griechisch geprägt lesen mit den aus dem griechischem Judentum rezipierten Vorstellungen etwa zum Gottesbild (Wort Gottes, Weisheit Gottes), zur Schöpfung (aus dem Nichts), zur Auferweckung (des Einzelnen im Tode). Die Lektüre des griechischsprachigen Judentums erleichtert eine Verständigung

zwischen Juden und Christen. In der Auslegung des Neuen Testaments wird immer konsequenter darauf geachtet, antijüdische Klischees zu vermeiden, die Jesusbewegung als eine Richtung des damaligen Reformjudentums zu verstehen und die Defizite einer ajüdischen Bibellektüre zu vermeiden.

4. „Dabru Emet“ - Jüdische Gelehrte betreten Neuland

Juden haben wesentlichen Anteil daran, dass sich seit Jahrzehnten das Verhältnis zwischen Christen und Juden trotz mancher Rückschläge erstaunlich positiv entwickelt hat.

- In unserem Gesprächskreis diskutieren Juden und Christen aktuelle religiöse, theologische, historische und auch politische Fragen.
- In den angelsächsischen Ländern und darüber hinaus gibt es seit Jahrzehnten eine erfreuliche Kooperation zwischen Christen und Juden im Blick auf aktuelle gesellschaftliche und politische Aufgaben.
- Nationale und internationale jüdische Organisationen haben sich verschiedentlich zu den Stellungnahmen und vertrauensbildenden Maßnahmen seitens der christlichen Kirchen anerkennend geäußert.

Die Erklärung „Dabru Emet - redet Wahrheit“ vom 10. September 2000, der sich inzwischen etwa 300 jüdische Persönlichkeiten angeschlossen haben, geht noch einen Schritt weiter. Ohne den Anspruch zu erheben, verbindliche jüdische Autorität zu besitzen, repräsentieren die Autoren und Mitunterzeichner ein breites Spektrum des heutigen Judentums in den USA. Doch ist nicht zu übersehen, dass „Dabru Emet“ in vielen jüdischen Kreisen noch kaum auf Resonanz gestoßen ist und von manchen Jüdinnen und Juden auch heftig kritisiert wird.

Neuland betritt „Dabru Emet“ mit der Erwartung, dass auch jüdischerseits mehr Interesse an einem theologischen Dialog mit Christen entstehen möge. Die Hauptanliegen lauten:

- Es gibt Annäherungen und Übereinstimmungen zwischen Juden und Christen. In aller Klarheit wird festgestellt, dass beide denselben Gott anbeten, sich auf dasselbe Buch, die Bibel, stützen, die moralischen Prinzipien der Tora anerkennen und eine gemeinsame Verantwortung für die Welt haben.
- Auch „heiße Eisen“ werden angepackt. Die unaufhebbaren Unterschiede zwischen Juden und Christen im Gottes-, Bibel- und Erlösungsverständnis oder die lange kirchliche Judenfeindschaft und das problematische Verhältnis der Kirchen zum Nationalsozialismus werden unmissverständlich dargestellt.
- Der Text sagt deutlich, dass Juden von Christen endlich Verzicht auf die Judenmission und Anerkennung ihrer religiösen Eigenständigkeit erwarten.
- Es werden Perspektiven einer gemeinsamen Zukunftshoffnung aufgezeigt und gemeinsame Aufgaben für die Welt benannt.

„Dabru Emet“ ist ein Dokument, das zu einem bedeutenden Impuls für die Weiterentwicklung des jüdisch-christlichen Verhältnisses werden kann.

III. Über Strittiges muss gestritten werden

1. Gottes Bund mit Israel ist nicht gekündigt

Während früher in der Kirche undifferenziert gelehrt wurde, dass es außerhalb der Kirche und ohne Christus kein Heil gebe („extra ecclesiam nulla salus“), hat sich das Zweite Vatikanische Konzil in „Nostra aetate“ das biblische Bekenntnis zu Eigen gemacht, dass Gott das Heil aller Menschen (1 Tim 2,4), ja der ganzen Welt (Joh 3,17) will. Von daher sind Sätze wie „Niemand kommt zum Vater außer durch mich“ (Joh 14,6, ähnlich Apg 4,12; anders Mt 7,21) neu zu gewichten. Diese veränderte Einstellung der Kirche führte zu einer Neubewertung aller Weltreligionen. In der nachkonziliaren Debatte um deren Bedeutung wurde allerdings nicht selten die theologische Sonderstellung des Judentums eingeebnet und das Judentum pauschal den nichtchristlichen Religionen gleichgeordnet.

Der Gesprächskreis wendet sich gegen diesen Trend und tritt entschieden für die unverwechselbare und unaufgebbare Beziehung des Christentums zum „Israel Gottes“, d. h. zum vorchristlichen und nachbiblischen Judentum, ein. Er stützt sich dabei unter anderem auf die Kapitel 9-11 des Römerbriefes, in denen der Apostel Paulus sagt, dass Gott unwiderruflich zu seinen Verheißungen steht (Röm 9,4). Paulus ist überzeugt, dass seine Verkündigung identisch ist mit der der Propheten (Röm 1,2). Allein durch Glauben werden Juden und Nichtjuden gerettet (Röm 1,16f). Am Ende wird sich Gott aller erbarmen (Röm 11,32). Das gilt für Israel und für die Heidenvölker.

Obwohl Paulus die Brücke zur Rettung der Heidenvölker vor allem im vorsinaïtischen Bund Gottes mit Noach und Abraham sieht, vernachlässigt er nicht die Bedeutung des Sinaibundes (Ex 19-20) und des vom Propheten Jeremia verkündeten Neuen Bundes (Jer 31,31-34) für Israel, zumal Gott selbst in seiner Bundestreue diese Bundesschlüsse zu ihrer Vollendung führen wird. Paulus betont, dass Israel die Bundesschlüsse, die Tora und den Gottesdienst weiterhin besitzt (Röm 9,4). Somit behalten die Verheißungen Gottes - unabhängig davon, ob Israel zum Glauben an Jesus kommt oder nicht - ihre Gültigkeit.

Vor diesem Hintergrund ist die von Papst Johannes Paul II. geprägte und inzwischen in der Kirche verbreitete Rede vom „niemals gekündigten Bund“ zu verstehen. Sie ist geeignet, die Treue Gottes zum erwählten Volk, und das heißt auch zum heutigen Judentum, herauszustellen.

Paulus war allerdings nicht der Meinung, mit diesen Darlegungen alle Probleme des Verhältnisses von Jesusgemeinden und dem „Israel Gottes“ gelöst zu haben. Am Schluss seiner Ausführungen beruft er sich auf Gottes abgrundtiefe Weisheit und unergründliche Wege des Heiles (Röm 11,33-36).

Deshalb sollte auch der jüdisch-christliche Dialog der Gegenwart nicht versuchen, umfassende Lösungen für alle theologischen Probleme anzustreben. Er kann aber sehr wohl dazu beitragen, dass sich Juden und Christen im Lobpreis der unbeirrbareren Treue Gottes einander - unvergleichbar mit den übrigen Religionen - nahe wissen dürfen.

2. Judenmission darf es nicht mehr geben!

Wenn Gott nach den Worten des Paulus je verschieden Juden und Nichtjuden in sein Erbarmen einschließt, dann müssen wir heute dankbar anerkennen, dass weder die einen noch die anderen vom Heil ausgeschlossen sind. Gott ist es, der selbst den Weg und das Verständnis des Evangeliums erschließt. Deshalb vertritt der Gesprächskreis mit großem Nachdruck die Überzeugung, dass es eine Judenmission nicht geben darf.

Dafür gibt es neben den gewichtigen biblischen Begründungen auch historische Gründe. Die Judenmission war in vielen Phasen der Geschichte mit Unterdrückung, Gewalt und Zwang seitens der Christen verbunden und hat große Teile des jüdischen Volkes in schreckliche Ängste versetzt. Allein diese unheilvolle Geschichte erklärt und rechtfertigt schon hinreichend die heutige Ablehnung der Judenmission. Auch Christen muss inzwischen klar geworden sein, dass der lange, mit vielen Opfern verbundene Widerstand der Juden gegen die Missionierung sich unter anderem dadurch erklärt, dass die meisten Juden fest in ihrer Überzeugung standen, im Bund Gottes zu leben und mit der Tora den Weg zu kennen und zu gehen, der ihnen von Gott bestimmt ist.

Die entschiedene Ablehnung der Judenmission besagt aber nicht, dass sich Judentum und Christentum gegeneinander abschließen müssen. Im Gegenteil. Sie gewinnen die Freiheit, sich gegenseitig Rechenschaft über ihren Glauben zu geben. Paulus spricht davon, dass „ganz Israel gerettet wird“ (Röm 11,26f), wenn der Erlöser aus Zion kommt. Darüber kann sich die Christenheit freuen, ohne ihre eigene Heilshoffnung für Israel ins Spiel bringen zu müssen.

3. Auch das Trennende gehört in den Dialog: Jesus Christus

Der Glaube an Jesus Christus ist dem nachbiblischen Judentum fremd oder erscheint ihm sogar abwegig. Können hier neue Brücken zueinander gebaut werden? Die Frage ist dann zu bejahen, wenn zwei Voraussetzungen klar gelten:

- Jesus Christus ist nach christlichem Bekenntnis das „Ja und Amen“ (2 Kor 1,20) der unwiderruflichen Treue Gottes zu Israel und der ganzen Welt.
- Dennoch gibt es - um der Treue desselben Gottes willen - ein Heil für Israel ohne Glauben an Jesus Christus.

Das Aporetische der beiden Aussagen ist der abgründigen Weisheit Gottes (vgl. Röm 11,25-36) anheim zu geben. Es kann nach Franz Rosenzweig erst gelöst werden, wenn sich das erste Wort (der Schöpfung) als das letzte Wort (der Erlösung) erwiesen haben wird.

Jesus gehört im christlichen Glauben in das Zentrum des Glaubens an Gott, während sich für Juden die Frage nach der Bedeutung Jesu nicht von ihrem Gottesverständnis her stellt. Dennoch gehört Jesus in das jüdisch-christliche Gespräch. Dabei muss die christliche Seite aufgrund ihrer Christologie daran interessiert sein, Missverständnissen vorzubeugen. Die christliche Jesusinterpretation darf nicht bei dem historischen Jesus stehen bleiben. Sie darf auch nicht nur eine dogmatische Christologie entwickeln, die von einer Menschwerdung Gottes so spricht, als würde Jesus den Schöpfergott des Alten Testaments ersetzen. Das Gegenüber von Jesus und dem Gott Israels und zugleich die Einheit Jesu mit dem Vater (Joh 17,11) bilden

das Fundament der christlichen Trinitätslehre, die nach christlichem Glauben dem Bekenntnis zum Einen Gott nicht widerspricht.

Eine entscheidende Rolle für das Verständnis dessen, was mit der Menschwerdung des Wortes Gottes gemeint ist, spielt das Konzil von Chalkedon (451). Es sagt, Jesus Christus sei wahrhaft Gott und wahrhaft Mensch („vere Deus“ und „vere homo“). Danach kann im Menschen Jesus, seinem Leben, seiner Person wirklich das Wort Gottes („Logos“) gehört werden. Darum darf seinem Menschsein nichts genommen werden. Aber umgekehrt kann diese Selbstentäußerung Gottes nicht bedeuten, dass es sich bei Jesus nicht um Gottes Selbstmitteilung handelt. Vollkommene Göttlichkeit und vollkommenes Menschsein behalten ihre Eigenart und dürfen nicht ineinander verschmolzen werden. Die Einigung von Logos und Mensch hat gerade die bleibende Differenz von Schöpfer und Geschöpf zur Voraussetzung. Nur wenn man von der formalen Klarheit des frühkirchlichen Christusbekenntnisses ausgeht, lassen sich Missverständnisse vermeiden.

Für das Gespräch ist die Menschlichkeit Jesu von besonderer Bedeutung. Jesus ist es, der dem Gott Israels und dem heilsbedürftigen Menschen seine Hingabe bis in den Tod darbietet. Er ist Heiland, indem er uns den Weg des Heiles zu gehen lehrt. Er ist es, der in Gottes Gestalt war und sich selbst erniedrigt hat bis zum Tod (Phil 2,6-8). In ihm ist die „Güte und Menschenfreundlichkeit“ Gottes erschienen (Tit 3,4). Sie ist ein Zeichen der Treue Gottes zu seiner Welt. Sie leuchtet in seinem Leben und in seinem Sterben auf und erhält in seiner Auferweckung das Siegel der Treue Gottes.

Fragt man nach Vorstellungen im Judentum, die mit der Christologie strukturähnlich sind, dann bieten sich nur solche an, die von der Hinneigung Gottes zu Welt und Menschen reden. Diese sind im frühen Judentum zahlreich und zentral, wobei aber eine Identität mit einem Menschen ausgeschlossen blieb.

4. Das Ärgernis einer unerlösten Welt

Christen sehen im Leben, Sterben und Auferstehen Jesu den von Gott selbst gelegten Grund ihrer Erlösung (2 Kor 5,18f). Dieser Glaube, den Juden nicht teilen, wird durch den unerlösten Zustand der Welt auf eine harte Probe gestellt, gerade nach dem Holocaust im 20. Jahrhundert. Nach wie vor gibt es Schuld, Leid und Tod. Nach wie vor leben weder Israel noch die Welt in Frieden, obwohl man doch gerade dies vom Messias Gottes erwarten müsste.

Ein erstes Licht auf dieses schwierige Problem wirft wiederum Paulus, wonach „die gesamte Schöpfung seufzt und in Geburtswehen liegt bis heute“ (Röm 8,22). Ihm zufolge ist uns das Heil nur in der Gestalt der Hoffnung auf die universale Vollendung gegeben.

Auch Juden haben die Hoffnung auf die Vollendung der ganzen Welt (tikkun ha olam), die auf den Verheißungen Gottes basiert. Dieses gemeinsame Bekenntnis zum Gott der unwiderruflichen Verheißungen ist im Blick auf die unerlöste Welt von hoher Bedeutung.

Wichtiger als alle theoretischen Überlegungen zu Leid und Erlösung ist jedoch der Verweis auf die Lebenspraxis von Juden und Christen, wenn sie den Leidenden konkrete Hilfe und Zuwendung zukommen lassen. Das ist der Sinn des biblischen Liebesgebots. Das ist die Botschaft der Propheten, die sich im Namen Gottes zum Anwalt der Waisen und Witwen

gemacht und öffentlich das von den Mächtigen und Reichen verursachte Unrecht angeklagt haben. Auch die Evangelien zeigen durchgängig, wie Jesus gegen Leid und gegen Ungerechtigkeit angegangen ist. Am Tage des Gerichtes gilt für ihn allein der Maßstab: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40). Darin weiß er sich mit den Propheten Israels eins (Jes 58,1-14). Jesu Ethik war nämlich jüdische Ethik. Aus diesem biblischen Befund ergibt sich als zentrale Aufgabe von Juden und Christen, fremdes Leid wahrzunehmen und zu lindern und so Zeichen der Erlösung in einer unerlösten Welt zu setzen.

Im Matthäusevangelium heißt es: „Nicht jeder, der zu mir 'Herr, Herr' sagt, wird in das Himmelreich kommen, sondern wer den Willen meines Vaters tut“ (Mt 7,21). Die matthäische Gemeinde erkennt damit an, dass es in der Treue zur Tora eine Erlösung gibt, die sich nicht auf Jesus berufen muss. Darum eint die Hoffnung auf die vollendete Erlösung Juden und Christen mehr, als sie die christliche Jesusinterpretation trennt.

IV. Biblische Ethik nimmt in Pflicht für die Welt-Gesellschaft

1. Anschläge auf die Menschenwürde abwehren

Heute stehen Juden und Christen vor neuen gemeinsamen Aufgaben. Ihre biblische Ethik ist ein unaufgebbarer Maßstab zur Inspiration der gegenwärtigen Gesellschaft.

So sind Juden und Christen gefordert, der fortschreitenden Ökonomisierung des Menschen entgegenzuwirken, indem sie die weitgehende Vergötzung von Kapital und Wirtschaftsmacht aufdecken. Paradigmatisch dafür ist ihr Einsatz für die Erhaltung des bedrohten Schabbat und des Sonntags. Darin sind sie aber nur glaubhaft, wenn sie je für sich eine ihrem Glauben entsprechende Kultur dieses Tages pflegen, die modellhaft wirken kann.

Angesichts der anstehenden Sozialreformen in unserem Lande ist es zudem unsere gemeinsame Aufgabe, den Schwachen und Hilflosen verstärkt Gehör zu verschaffen und deren Rechte nachdrücklich zu verteidigen.

Ein weiteres Feld für gemeinsames Handeln bilden die ethischen Probleme am Lebensanfang und Lebensende. Gemeinsam treten Juden und Christen für den unbedingten Schutz des menschlichen Lebens bis zum Tod ein und halten es für unzulässig, dass Menschen von sich aus aktiv dem Leben ein Ende setzen. Allerdings gibt es auch gewichtige, noch nicht genügend ausgelotete Differenzen zwischen beiden. Nach katholischer Lehre beginnt die Personenwürde des Menschen mit der Empfängnis, während diese Auffassung jüdischerseits nicht durchgängig geteilt wird. Darum kann das jüdische Religionsgesetz aus den gemeinsamen biblischen Überlieferungen im Blick auf die Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik oder den Embryonenschutz andere Konsequenzen ziehen als die katholische Ethik. Trotz dieser Unterschiede sind sich Juden wie Christen jedoch einig darin, dass die sich aus seiner Gottebenbildlichkeit ergebende Würde des Menschen, wie sie auch im ersten Artikel unseres Grundgesetzes verankert ist, nicht angetastet werden darf. Wo die Menschenwürde nicht geachtet wird, ist nach ihrer Überzeugung auch der Rechtsstaat in seinen Grundfesten bedroht.

2. Judenfeindschaft - ein alter Skandal in neuem Gewand

Im Blick auf die Judenfeindschaft, die in jüngster Zeit in vielen Ländern erneut aggressiv auftritt, sind die Christen in die Pflicht genommen. Die selbstverständliche Solidarität mit Juden erfordert es, dass die Verteidigung gegen judenfeindliche Übergriffe und Äußerungen in der Öffentlichkeit nicht Sache von Juden allein sein darf. Christen müssen allen Formen der Judenfeindschaft, seien sie neu oder alt, auch öffentlich entgegenzutreten.

Es gilt die Ursachen zu analysieren, die zu neuer Judenfeindschaft geführt haben. Auffällig sind insbesondere der starke Zulauf militanter islamistischer Gruppen, die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien, das Erstarken von Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit, die Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher sowie die mangelnde Integration von Ausländern, Migranten und Randgruppen.

Eine weitere Form des Antisemitismus ist oft mit der Kritik an der Politik des Staates Israel verbunden. Juden erwarten zu Recht, dass zwischen der Politik Israels und den Juden in Deutschland unterschieden wird. Allerdings sollte auch klar sein, dass eine begründete Kritik am Staat Israel und seiner Politik noch keinen Antisemitismus darstellt.

3. Ein offenes Gespräch mit dem Islam führen

Ohne ein intensives Gespräch der „monotheistischen Religionen“ ist ein friedliches Zusammenleben der Menschen weder im Nahen Osten noch in Deutschland denkbar. Darum begrüßt der Gesprächskreis alle Initiativen zu einem oft als „abrahamisch“ oder auch „trialogisch“ bezeichneten Gespräch zwischen Vertretern von Juden, Christen und Muslimen.

Es ist allerdings festzuhalten, dass die Beziehungen zwischen Juden, Christen und Muslimen sehr unterschiedlicher Art sind. Judentum und Christentum stehen in einem besonderen Verhältnis zueinander, weil sie die Hebräische Bibel, die von Christen „Altes Testament“ genannt wird, miteinander teilen, während der Koran zwar auf Personen und Ereignisse im Alten und Neuen Testament Bezug nimmt, beide jedoch nicht als Offenbarungsschrift anerkennt. Darüber hinaus finden sich im Koran neben positiven Aussagen über Judentum und Christentum auch solche, die von Juden und Christen als verzerrende Darstellung ihres Glaubens wahrgenommen werden.

Der Gesprächskreis „Juden und Christen“ wünscht ein offenes Gespräch, das um eines künftigen Einverständnisses willen auch die theologische Auseinandersetzung nicht scheut, Diskriminierung anderer ablehnt und Religionsfreiheit und Schutz der Menschenrechte bejaht.

Im Zentralkomitee der deutschen Katholiken gibt es einen Gesprächskreis „Christen und Muslime“. Ein Kontakt beider Gesprächskreise ist für die Zukunft zu erwägen, wenngleich beide Kreise bisher unterschiedliche Schwerpunkte für ihre Arbeit setzten. In Zukunft ist darauf hinzuarbeiten, einer Funktionalisierung von Glaubensinhalten für irgendwelche Interessen religiöser oder politischer Art, wie sie in manchen Formen eines religiösen Fundamentalismus erscheint, generell - auch in der eigenen Glaubensgemeinschaft - eine deutliche Absage zu erteilen und die Bemühungen vieler Muslime um ein friedliches Miteinander zu unterstützen.

4. In Öffentlichkeit und Schule wirken

Für den Gesprächskreis bleibt es eine ständige Aufgabe, die neuen Perspektiven und Erkenntnisse seiner Arbeit in die Öffentlichkeit zu tragen. Er wird die auf diesem Feld engagierten Akademien unterstützen und muss Sorge dafür tragen, dass sie in Erwachsenenbildung, Gemeindefarbeit und Medien noch mehr Resonanz finden. In Predigt und Katechese ist besonders darauf zu achten, dass Kenntnis und Verständnis des Judentums und der Beziehungen zwischen Judentum und Christentum - auch den zahlreichen lehramtlichen Aussagen gemäß - vermittelt werden.

Hierfür kommt dem Religionsunterricht die Aufgabe zu, die Ergebnisse des jüdisch-christlichen Gesprächs an die junge Generation heranzutragen. Zwar haben sich die Impulse des Gesprächskreises in den letzten Jahrzehnten unübersehbar positiv ausgewirkt. Lehrpläne und Schulbücher, Unterrichtsmaterialien und Projektentwicklungen, Fachliteratur, Medien und Tagungen bieten den Lehrerinnen und Lehrern inzwischen gute Hilfen, die zu einem verantworteten Umgang mit der Thematik „Judentum“ führen können. Dennoch sind bei Schülerinnen und Schülern, gelegentlich auch bei Lehrerinnen und Lehrern, immer noch Defizite in der Kenntnis und im Verstehen christlich-jüdischer Themen festzustellen.

Anders noch als in den Anfangszeiten des Gesprächskreises besucht heute etwa ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler überhaupt nicht mehr den Religionsunterricht. Die meisten von ihnen nehmen an Ersatzfächern wie Philosophie oder Lebenskunde/Ethik/Religion teil. Es stellt sich daher die immer drängender werdende Frage, welches Verständnis des Judentums und Christentums in der Schule auch außerhalb des Religionsunterrichts vermittelt werden kann und soll. Den Lehrerinnen und Lehrern aller Fächer wird in der Vermittlung entsprechender Einsichten und Kenntnisse, ohne die uns ein Verständnis unserer europäischen Kultur und Geschichte nicht möglich erscheint, eine wachsende Verantwortung zufallen.

5. Sich kritisch in die gesellschaftlichen Diskurse einbringen

Das biblische Gebot der Gottes- und Nächstenliebe (Dtn 6,5; Lev 19,18; Mk 12,28-31 parr.) verpflichtet Juden und Christen gleichermaßen. Das Bekenntnis zu dem Einen Gott, den wir mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzer Kraft lieben sollen, verbindet uns auch über alle bestehenden theologischen Unterschiede und Gegensätze hinaus. Als Ebenbild Gottes („bezelem elohim“: Gen 1,26f) ist der Mensch zur Verantwortung seines Handelns vor Gott gerufen, die sich nach rabbinischer Tradition im Tun, d.h. im gehorsamen Erfüllen von Gottes Geboten zeigt. Zugleich ist er als Ebenbild Gottes auf den Mitmenschen verwiesen, in dem er ebenfalls Gottes Bild erkennt.

Heute spricht die katholische Soziallehre von einer „Weltverantwortung des Glaubens“. Die jüdische Position betont, dass die Erwählung durch Gott die Verpflichtung mit sich bringt, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt zu fördern. Gemeinsam und auch je für sich haben also Juden und Christen die Aufgabe, sich für eine Welt nach Gottes Vorstellung einzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass ein gemeinsames Nachdenken und Handeln in politischen und gesellschaftlichen Fragen auch für die Zivilgesellschaft notwendig und von Nutzen ist.

Angesichts der gegenwärtigen Kritik am Monotheismus, dem gewalttätiger Absolutheitsanspruch vorgeworfen wird, ist an den gemeinsamen ethischen Auftrag zu erinnern, der sich aus der Verbindung des Menschen mit seinem Schöpfer ergibt und vor jeder Verabsolutierung von allem, das nicht Gott ist, bewahrt. Jüdischer und christlicher Gottesglaube ist daher eng mit einer umfassenden Totalitarismus- und Götzenkritik verbunden, die uns in einer säkularisierten Gesellschaft notwendiger denn je erscheint.

Gerade weil die religiösen Bindungen in unserer Gesellschaft sichtlich schwächer werden, kommt es darauf an, dass Juden und Christen ihre Überzeugungen in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen und die Relevanz der biblischen Tradition für die Gestaltung der Gesellschaft zeigen. Diese Aufgabe wird zunehmend schwerer. Dabei müssen sie auch das Gespräch mit Zeitgenossen suchen, die in keiner Glaubensstradition beheimatet sind oder religiösen Institutionen nicht angehören (konfessionslose Christen oder institutionsferne Gläubige), die sich aber ernsthafte Sorgen um Gerechtigkeit und Frieden auf Erden, um die Zukunft der Welt machen.

Heute und in Zukunft sind Juden und Christen gemeinsam dafür verantwortlich, dass sie in einer weitgehend säkularisierten Umgebung handlungs- und gesprächsfähig bleiben.

V. Schluss: Gemeinsam „berufen, Segen für die Welt zu sein“

40 Jahre nach „Nostra aetate“ können wir dankbar feststellen, dass die Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils in der Christenheit Frucht getragen hat. Ähnliche Verlautbarungen und Initiativen der Kirchen der Reformation haben dazu wesentlich beigetragen. Es scheint, dass die Haupthindernisse aus dem Weg geräumt sind, die die Christen von den Juden getrennt und dem jüdischen Volk im „christlichen Abendland“ schreckliche Leiden und blutige Verfolgungen bereitet haben. Der Vorwurf des Gottesmordes, die Behauptung von der göttlichen Verwerfung des erwählten jüdischen Volkes und die unchristliche Legitimation des Judentums sind von den Kirchen unmissverständlich verurteilt worden. Stattdessen ist uns Christen bewusst geworden, dass wir mit dem Judentum von der Wurzel her verwandt sind und dass wir uns ohne das Judentum nicht richtig verstehen können.

Diese geschichtliche Wende ist nicht mehr rückgängig zu machen. Das geistliche Band, das Juden und Christen zusammenschließt, darf nicht mehr zerrissen werden! Gott sei Dank ist diese Botschaft auch in Deutschland, dem Land der Schoa, angekommen. Dennoch ist die Gefahr des Antisemitismus keineswegs gebannt. In neuer Gestalt bricht er immer wieder in allen Teilen der Welt auf, leider auch in Deutschland.

Deshalb ist die Aufgabe des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken nicht beendet. Das bisher Erreichte genügt nicht. Dem gelegentlich geäußerten Vorwurf, einem Hobby anzuhängen oder eine Lobby zu sein, treten wir entgegen. Das christlich-jüdische Gespräch ist keine beliebige Zutat; für Christen gehört es ins Zentrum ihrer Identität. Wir wissen, dass wir gerade in der heranwachsenden Generation Frauen und Männer brauchen, die sich mit neuen Ideen und großer Tatkraft für dieselben Anliegen unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen einsetzen.

Dabei müssen wir zum einen das Gedenken an die Schoa wach halten und es in der vierten Generation nach dem Zweiten Weltkrieg einwurzeln. Wir haben an die Ursachen, auch an den innerkirchlichen Antijudaismus, zu erinnern, die zur Schoa führten. Zum anderen wird sich unsere Arbeit stärker darauf richten, die Bewegung von Christen und Juden aufeinander zu in Zukunft stärker auf die gemeinsame Verantwortung für unsere gefährdete Gesellschaft und Welt zu konzentrieren. Dafür nimmt uns auch die nachdrückliche Einladung von Papst Johannes Paul II. in Pflicht, die er vor 25 Jahren in Mainz ausgesprochen hat: „Juden und Christen sind als Söhne (und Töchter) Abrahams berufen, Segen für die Welt zu sein“. Wir hoffen, auch die Muslime, die sich ebenfalls auf die Abrahamskindschaft berufen, für diese Verpflichtung zu gewinnen. Möge der Herr der Geschichte unser Vorhaben segnen!

Literaturhinweise

- Die Kirchen und das Judentum, Bd. 1: Dokumente von 1945 - 1985, hrsg. v. Rolf Rendtorff, Hans Hermann Henrix, Paderborn und Gütersloh 1987; Bd. 2: Dokumente von 1986 - 2000, hrsg. v. Hans Hermann Henrix, Wolfgang Kraus, Paderborn und Gütersloh 2001 (in dieser Quellensammlung sind alle wichtigen Dokumente des Judentums und der verschiedenen christlichen Konfessionen bis zum Jahr 2000 zusammengetragen)
- Päpstliche Bibelkommission, Das jüdische Volk und seine Heilige Schrift in der christlichen Bibel (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 152, hg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), Rom 2001
- Hanspeter Heinz (Hg.), Um Gottes willen miteinander verbunden. Der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Münster 2004
- Erwin Dirscherl, Werner Trutwin (Hg.), Redet Wahrheit - Dabru Emet. Jüdisch-christliches Gespräch über Gott, Messias und Dekalog, Münster 2004

Mitglieder des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK

Vorsitzender:

Prof. Dr. Hanspeter Heinz, Augsburg

Geschäftsführer:

Rektor Dr. Detlef Stäps, Bonn

Jüdische Mitglieder:

Daniel Alter, Berlin

Rabbiner Dr. Henry G. Brandt, Augsburg

Dr. Edna Brocke, Essen

Prof. Dr. Micha Brumlik, Frankfurt

Prof. Dr. Ernst Ludwig Ehrlich, Riehen/Basel
Rabbiner Dr. Walter Homolka, Berlin
Ruth Kahana-Geyer, Lissabon
Dr. Uri Kaufmann, Dossenheim
Petra Kunik, Frankfurt
Ellen Presser, München
Prof. Dr. Michael Signer, Notre Dame/USA
Dr. Hermann Simon, Berlin

Christliche Mitglieder:

Prof. Dr. Reinhold Bohlen, Wittlich
Prof. Dr. Wilhelm Breuning, Bonn
Prof. Dr. Christoph Dohmen, Osnabrück
Prof. Dr. Hubert Frankemölle, Paderborn
Dr. Wilfried Hagemann, Münster
Dr. Hans Hermann Henrix, Aachen
Prof. Dr. Herbert Immenkötter, Augsburg
Prof. Dr. Klaus Kienzler, Augsburg
Dr. Ansgar Koschel, Frankfurt
Prof. Dr. Verena Lenzen, Luzern
Dagmar Mensink, Berlin
Werner Trutwin, Bonn
Rita Waschbüsch, Lebach-Landsweiler
Prof. Dr. Josef Wohlmuth, Bonn
Prof. Dr. Erich Zenger, Münster

Gäste der Münchener Akademietagungen 2003 und 2004

PD Dr. Regina Ammicht-Quinn, Frankfurt
Père Patrick Desbois, Paris
Prof. Dr. Erwin Dirscherl, Regensburg
Frater Elias Füllenbach OP, Düsseldorf
Prof. Dr. Gregor Maria Hoff, Salzburg
Dr. Lydia Koelle, Bonn
Dr. Stanislaw Krajewski, Warschau
Pfarrerin Katja Kriener, Düsseldorf
Dr. Maria Neubrand, Eichstätt
Dr. Norbert Reck, München
Pater Dr. Christian M. Rutishauser SJ, Edlibach/Zug
Prof. Dr. Hans-Joachim Sander, Salzburg
Prof. Dr. Susanne Sandherr, München
Prof. Dr. Heinz-Günter Schöttler, Bamberg

Prof. Joseph Sievers, Rom
Prof. Dr. Clemens Thoma, Luzern
Prof. Dr. Hans G. Ulrich, Erlangen
PD Dr. Joachim Valentin, Freiburg

Quelle: *Juden und Christen in Deutschland. Verantwortete Zeitgenossenschaft in einer pluralen Gesellschaft* 13. April 2005. Erklärung des Gesprächskreises beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bonn 2005 und: <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklaerungen/5>.



Dieser Text ist Teil der Online-Publikation:

Henrix, Hans Herrmann; Boschki, Reinhold (Hg.): Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 2000 bis heute (Band III. Digitale Version).

Weitere Quellen und Texte zu den christlich-jüdischen Beziehungen sowie die vollständige Publikation finden Sie auf der Website [Nostra Aetate – Dialog & Erinnerung](#).